

ichten
Bayer, 57 J., Reudolach,
burg, Fran Fr. Schötle,
Karl Wagner, Rechnungs-
arbeiter, 33 J., Kotten-
opf
Bewilligungen raten wir Ihnen
in Sagitta-Ballam zu ge-
nungen, Praktische An-
sicht. In allen Apotheken
in Nagold. 304

Krankenunter- stützungs-Verein Nagold.

Die jährliche 426
Generalversammlung
findet am Sonntag, den
18. Febr., nachm. 4 1/2 U.
im "Bären" statt.
Wegen wichtiger Statu-
tenänderungen wird um
vorläufige Erscheinung ge-
beten. Der Ausschuss.

Sport- Verein Nagold v. 1911 e.

Ju Gauken der Rührhilfe
Sonntag den 18. Febr.
1923 auf dem Eisberg-
Sportplatz, 3 Uhr nachm.
Sp.V. Nagold I
— Sp.V. Sulz I.

Eintrittsgeld
nach Verleben.
Ju Gauken der Rührhilfe.

Löwenlichtspiele.

Heute Samstag abend 8.15
und Sonntag
punkt 2 Uhr, 4.30, 8.15
Die Rache
des Adlers.
Sensationelles Wildwest-
Drama in 5 Akten,
sowie
großes Beiprogramm.

Gottesdienstdienung.

Evang. Gottesdienst
am Landeshauptplatz (18.
Febr. Vorm. 10 Uhr Predigt
Dietrich), nachm. 8 Uhr
Abendmahl (Kinderkonzert
10 Uhr), nachm. 8 Uhr
Abendgottesdienst (Chor)
i. Vereinshaus. Don. 8 Uhr
i. d. v. n. nachm. 8 Uhr
Studienhilfe bestimmt.
Abend 1/2 Uhr i. Vereins-
haus. Vortrag von Max
Empf. Sonntag 10 Uhr
i. d. v. n. nachm. 8 Uhr
Abendmahl. Donnerstag 1/2
Uhr i. d. v. n.

Ev. Gottesdienste der
Methodistengemeinde
Sonntag vorm. 10 Uhr
Predigt (S. C. Iner) nachm. 8
Uhr Abendmahl, nachm. 8
Uhr Sonntagsgottesdienst, nachm.
8 Uhr Sonntagsgottesdienst
i. d. v. n. Sonntag 10 Uhr
Freitag abds. 8 Uhr
Sonntagsgottesdienst i.
Vereinshaus bei Herrn
Gottl. Graf.

Kathol. Gottesdienst
Sonntag 18 Febr. 8 Uhr
Vridig-sonntag, 9 Uhr
Gottesdienst (Kollegat für
Torelgerfand), 11 Uhr
Montag 19 Febr. 10 Uhr
Gottesdienst in Altentfels
Freitag, 21 Febr. 7 Uhr
Gottesdienst in Wildberg.

Erhalten an jedem Wert-
tag. Befehlungen nehmen
sämtliche Postanstalten
und Postboten entgegen.

Bezugspreis
im Februar 1920. —
Einzelnnummer 1.60.

Anzeigen-Geblät für die
einzelne Seite ist ge-
wöhnlicher Satz oder
deren Raum bei einmali-
ger Einrückung 1.60. —,
bei mehrmaliger Rückab-
nach Tarif. Bei gerichtl.
Betreibung u. Kontrakt
ist der Rabatt hinfällig.

Der Gefellchaster

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegeündet 1828

Schreibstube, Druck und Verlag von G. W. Kallert (Max Kallert) Nagold.

Freitag Nr. 28.

Bereitete Zeitung im
Oberamtsbezirk — An-
zeigen sind daher von
behem Erfolg.

Die Zeit. Kallert hat
sich bemüht übernommen.
Es wird hier wieder
bestimmte, im Kallert
aber Bestimmen in
Kallert aber es ist
gewöhnlich wird
in Kallert von
bestimmt wird
auf Kallert aber
Kallert.

Telegramm-Adresse:
Gefellchaster Nagold.
Postfachkonto:
Stuttgart 5113.

Nr. 41

Montag, den 19. Februar 1923

97. Jahrgang

Frankreich in der Rührzwickmühle

Gedanken und Wahrnehmungen eines Ausgewiesenen
Von sehr geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Man täusche sich nicht darüber: die eigentliche Ent-
scheidung des Weltkriegs in Deutschland Auseinander-
setzung mit Frankreich steht jetzt erst bevor. Mit dem Angriff
auf das Ruhrgebiet hat Frankreich unklugerweise die Früchte
seines „Siegs“, den es nicht auf militärischem, aber auf wirt-
schaftlichem und diplomatischem Gebiet errungen hatte, noch
einmal aus der Hand gegeben, und Deutschland ist durch diese
Ungeheuerlichkeit erfreulicherweise noch einmal in die Lage
versetzt worden, bei geschickter Ausnutzung der sehr
empfindlichen Schwächen des Gegners, die Ergebnisse
von 1918 und 1919 zu seinen Gunsten zu än-
dern, ja, unter Umständen der Nachstellung Frankreichs
einen höchst gefährlichen Stoß zu versetzen, über den sich
heute, außer Deutschland selbst, niemand mehr freuen würde
als — England.

Die Regierung Cuno hat mit ihrer Methode des „passiven
Widerstands“ die denkbar wirksamste Waffe in der Hand, um
das Duell an der Ruhr, wenn auch erst nach schwerem und
langem Kampf, zu ihren Gunsten zu beenden. Im besetzten
Gebiet sieht man an zahllosen Anzeichen zehnmal deutlicher
als in der Reichshauptstadt, daß die Regierung den sichersten
Weg gefunden hat, ihr Ziel zu erreichen. Nichts wäre heute
dem Franzosen in der bösen Sackgasse, in die er sich verannt
hat, lieber, als entweder ein Verhandlungsangebot der deut-
schen Regierung oder aber ein bewaffnetes Vor-
gehen Deutschlands. Letzteres wäre heute angesichts des
unerbörten Friedens- und Vertragsbruchs unseres Erbfeindes
sicher verständlich genug, aber es wäre unklug, denn folglich
würde der Franzose seiner noch immer ungestillten häßlichen
Rachgier die Jügel schießen lassen: eine gründliche Zer-
störung des Industriegebietes, Plünderungen auf Berlin und
ähnliche Maßnahmen wären die unvermeidliche Folge, die
uns selbst die glänzendsten kriegerischen Waffentaten niemals
erparieren könnten. Vor allem aber muß von jeder Erwägung
des bisherigen passiv-elastischen durch den allzu-bewaffneten
Widerstand auch deshalb dringend gewarnt werden, weil der
zitierte auf die Dauer einen mindestens ebenso vollständigen,
wahrscheinlich sogar noch viel weiter reichenden Erfolg ver-
bürgt als der letztere.

Frankreichs Lage im Ruhrgebiet ist viel schwächer,
als man in Berlin weiß, ist leider allerdings hoffnungs-
los. Es ist absolut ausgeschlossen, daß Frankreich bei Fort-
dauer des passiven deutschen Widerstands die Fülle von
wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten meistert, vor
die es sich gestellt sieht. Mag es sich aus Lebensnotwendigkeit
noch Wochen und Monate sträuben, das total verfahren und
höchst kostspielige Ruhrunternehmen abzubrechen, es muß
nicht klein beigeben, wenn nur niemand in Deutschland die
Dummheit begeht, Verhandlungen anzubieten. Man hat
wohl noch kaum daran gedacht, in wie außerordentlich
weitgehendem Umfang Frankreichs gegenwärtige Lage an
der Ruhr der östlichen, in der sich Napoleon I. im Septem-
ber und Oktober 1812 in Moskau befand. Damals wie
heute ein viel zu weiter Vorstoß ins feindliche Land mit un-
sicherer, höchst gefährdeter Verbindungslinie, damals wie
heute eine Weigerung der gegnerischen Regierung, den nach
Verhandlungen lebenden Franzosen irgendwie die Hand zu
reichen, damals wie heute ein französisches Heer und hor-
ren von Woche zu Woche, ab der „Besiegte“ nicht doch noch
keine Unterwerfung anbieten werde, bis es zu spät war. Der
Einwand, daß der Vergleich hinfalle, weil Napoleon noch nicht
die modernen Verkehrsmittel zur Sicherung seiner Verfor-
gungs- und Rückzugslinie besessen habe, ist nur sehr bedingt
richtig. Gewiß ist heute alles aus dem Beginn des 19. Jahr-
hunderts überholt und modernisiert, aber über ein
unerschütterliches Eisenbahnnetz im Rücken verfügen heute die
Franzosen genau so wenig wie ihr großer Kaiser vor 110
Jahren in Moskau.

Von der Möglichkeit, einen geordneten Eisenbahnbetrieb
ins Ruhrgebiet durchzuführen, hängt zurzeit für die
Franzosen so ziemlich alles ab. Und in dieser Hinsicht sind
die Aussichten für sie, bei Fortsetzung des passiven Wider-
stands der Deutschen, überaus trübe, viel trüber und hoff-
nungsloser, als man in Berlin weiß. Von unseren Kohlen-
erzeugern und unseren Eisenbahnern und ihrer
Haltung wird es in erster Linie abhängen, ob das französische
Ruhr-Übernehmen scheitern wird oder nicht. Wenn sie durch-
halten (und bisher spricht alles dafür), so ist der „Ruhr-
Feldzug“ für uns gewonnen — wobei natürlich
sorausgesetzt wird, daß die deutsche Regierung bis zum
äußersten auf ihrem Standpunkt beharrt: keine Verhand-
lung und keine Vermittlung, ehe nicht Frankreich alle unrech-
tlichen Erfassungsmaßnahmen rückgängig gemacht, alles
widerrechtlich besetzte Gebiet — einschließlich Düsseldorf und
Duisburgs — geräumt, volle Entschädigung zugesagt und sich
mehrfach hat.

Es mag läßt klingen, so weitgehende Forderungen heute
zu proklamieren, aber bei der gegenwärtigen Lage im Westen
werden wir sie ganz bestimmt durchsetzen, wenn wir fest blei-
ben und die Einheitsfront bewahren. Und im Westen hält

diese Einheitsfront ganz sicher stand, zuverlässiger als in Ber-
lin, wo die „Mies- und Flaumacher von Beruf“ schon wieder
anzufallen drohen. Es ist überaus bezeichnend, daß ich in
dem fürchterlich schwer drangsalirten besetzten Gebiete die
Stimmung überall viel zuverlässiger gefunden habe als hier
in Berlin, wo man weit vom Schuss ist und wo sich trotzdem
allerhand Erdmännchen aus dem Licht magt und mindestens
die Überzeugung, daß alles gut ausgehen wird, nicht entfernt so
verbreitet ist, wie an Rhein und Ruhr. Unbegrenzt ver-
trauen zur Regierung Cuno, allgemeines Aufatmen, ein eisen-
harter, entschlossener Wille, sich durch nichts unterliegen zu
lassen, die Luft des „Landgraf, werde hart!“ — das ist heute
die Stimmung der Einheitsfront im Westen. Und daß man
allerhand Ursache hat, mit solchem Vertrauen in die Zukunft
zu setzen, dafür noch einige Beispiele:

II.
Es wurde oben gesagt, die Lösung des Eisenbahnproblems
ist für die Franzosen fast hoffnungslos. Dies sei durch einige
Belege erhärtet. Ohne Mitwirkung der deutschen Beamten
sind die Franzosen im Eisenbahnbetrieb einfach verortet und
verortet. Sie kennen unsere Einrichtungen nicht, elektrische
Stellwerke sind ihnen ein Buch mit sieben Siegeln, sind es
um so mehr, wenn (wie es überall geschieht) die erfor-
dernden Ausschritten an den Hebeln der Stellwerke entfernt
und vertauscht sind. Die deutschen Lokomotiven, die ihnen in
die Hände fallen, sind in der großen Mehrzahl der Fälle für
sie unbenutzbar, denn aus Gründen, die vorläufig besser
verschwiegen werden, sind diese Maschinen trotz hundertfachen
Heizens einfach nicht in Gang zu bringen. In Düsseldorf
ist es schon eine Art Volksfest und tägliches Graus-Theater,
zuzusehen, wie die Franzosen an den Dampfen von Loko-
motiven herumphantasieren, wie diese fürchterlich qualmen —
aber keine rückt auch nur einen Zentimeter von der Stelle.
Und wenn die Franzosen eigene Lokomotiven vor die Räder
spannen, so passiert regelmäßig irgend ein Malheur: die Räder
entgleisen, stürzen ab, laufen auf, stoßen zusammen usw. Bei
dem überaus schwierigen Weichenbetrieb ist dies auch kein
Wunder. Neulich gelang es den Franzosen endlich mal, einen
Kohlenzug mit französischer Maschine aus Oberhausen in west-
licher Richtung in Fahrt zu setzen. Drei Stunden lang fuhr
er im Dunkeln tapfer darauf los, und dann — tief er von
der anderen Seite wieder in den Bahnhof Oberhausen ein.
Er war rings um die ganze Stadt in weitem Bogen herum-
gefahren! Ob deutsche Beamte bei diesem Spaß mitgewirkt
haben, weiß ich nicht. Zehnmal gehts überall. Nebenfalls
ist seit dem 15. Januar, dem Tag des Verbots der Kohlen-
lieferungen an die Strags- und Friedensbrecher, bis zum
Tage meiner Ausweisung nicht ein einziger Kohlenzug für
die Franzosen über den Rhein gelangt, und in Düsseldorf,
dem Punkt, wo alle wichtigen französischen Zufahrtslinien zur
Ruhr, sowohl von Aachen, wie von Köln-Koblenz her, zusam-
mentreffen (die weitere Hauptstrecke Köln—Eberfeld—Ruhr
ist den französischen Zugriffen entzogen) ist seit dem 25. Janu-
ar, dem Tag, wo der Betrieb wegen des Eingreifens der
Franzosen stillgelegt wurde, bis zum Tag meiner Ausweisung
nicht ein einziger Wagen in beiden Richtungen durchgefahren,
der sein Ziel erreicht hätte. Am Morgen des 27. Januar pas-
sieren zwar zwei von französischen Lokomotiven gezogene
Transportzüge in Richtung Essen, aber sie kamen nicht weit.
Der eine ist bei Rath, der andere bei Vorhalle prompt ent-
gleist, wobei es im letzteren Fall sogar Tote und Verwundete
gab.

Man wird man meinen, die Franzosen werden allmählich
dieser Schwierigkeiten Herr werden. Vielfach wird ja die
Anficht vertreten, der französische Militärbetrieb werde schließ-
lich funktionieren, ebenso wie im Krieg der deutsche Militär-
betrieb in Belgien und Frankreich. Mit Verlaub, das ist ein
großer Irrtum. Wir waren im Krieg zu solcher Leistung im-
stande, weil wir das technisch überlegene Personal in beliebi-
gen Mengen verfügbar hatten, auf Friedensbetrieb keine
Rückfahrt zu nehmen brauchen und weil wir Zeit hatten, viel
Jahre Zeit, alles systematisch aufzubauen. Das alles geht den
Franzosen ab: sie haben nicht die geringste Zeit, und sie stehen
unseren unendlich komplizierten Einrichtungen total hilflos
mit völlig unzureichenden Beamtensmengen gegenüber. Als
es neulich hieß, es seien 4000 französische Eisenbahner ins
Ruhrgebiet in Marsch gesetzt, glaubte gar mancher bei uns,
nun seien die Franzosen Herr der Lage. Aber man hat dabei
nicht bedacht, daß schon ein einziger der größeren Bahnhöfe
im Industriegebiet normalerweise 4—5000 Beamte benötigt,
und zwar gut geschultes Personal, nicht Leute, die vor unseren
Einrichtungen stehen wie die Kuh vor dem neuen Tor. Jetzt
heißt es, daß noch weitere 6000 französische Eisenbahner
folgen sollen — das wären dann also 10 000. Damit könnte man
zur Not schon 2 Bahnhöfe in Betrieb halten, — wenn die
Leute ihre Sache verstanden.

Die Einrichtung in den komplizierten Betrieb des Ruhr-
gebiets nimmt aber erfahrungsgemäß 2—3 Jahre in An-
spruch. Und nun frage man sich, wie die Franzosen mit ihren
10 000 Eisenbahnern einen Betrieb in Gang bringen und
halten sollen, wenn die deutschen Beamten standhaft bleiben
Die hoffnungslos die Lage technisch und finanziell für unsere
Feinde ist, geht daraus hervor, daß angesichts der völligen
Bahnsperrung der gesamte Nachschub für die „Ruhrarmee“,
d. h. schätzungsweise 2—300 000 Mann, kurzzeit mit —
Automobilen erfolgen muß. Wie lange läßt sich derartiges

durchführen! Und was kostet das! Glaubt man wirklich,
daß Frankreich einer derartigen Lage durch viele Monate ge-
wachsen bleibt? Die Fähigkeit der französischen Regierun-
gen, die sich freuzenden und widersprechenden Befehle, die
ganze auf das Schlagwort „Befehl, Gegenbefehl, Aufhebung“
eingestellte Betrieb, die nervöse Hast der plötzlichen Massen-
ausweisungen, die Brutalitäten und Grausamkeiten dabei —
alles das zeigt ja doch nur von der fürchterlichen Unsicher-
heit der Pariser Machthaber und von ihrem überoffenen Ver-
ger, daß an der Ruhr alles so ganz, ganz anders gekommen
ist, als sie es sich gedacht hatten.

Wenn wir nur fest bleiben, noch 1—2 Monate die Zähne
aufeinanderbeißen und nicht wieder die Flaumacher an die
Spitze kommen lassen, dann kommt mit Sicherheit der Augen-
blick, wo es heißt: „Rückwärts, rückwärts, folger Gib!“
Napoleon wartete in Moskau fünf Wochen auf die Verhand-
lungsbereitschaft der Zarenregierung, vom 14. September bis
18. Oktober, und mußte sich dann doch zu seinem todbringenden
Rückzug entschließen. Diesmal steht für die Franzosen
ausendfach viel mehr auf dem Spiel als 1812, ihr ganzes Brei-
tliche einschließlich des Verfaller Diktats; sie werden dabei
bis zum äußersten ausharren, aber der unvermeidliche Zu-
sammenbruch ihrer Aktion wird dann nur um so kräftiger sein.
Also es geht jetzt ums Ganze! Poincaré hat nun ein-
mal die unbegreifliche Dummheit gemacht, die Laube vor
Verfallens aus der Hand zu geben, um den Sperling an der
Ruhr und sich in eine Aktion einzulassen, bei der der Gegner
ein sehr starkes Wort mitsprechen hat, bald vielleicht sogar
die Initiative an sich reißen wird. Alle kommt jetzt darauf
an, fest zu bleiben und jede Verhandlung abzubrechen bis die
Franzosen klein beigeben haben. Das ist, angesichts des
hoffnungslosen Zwischmüßes, in der sich ihre Ruhraktion be-
findet, unter allen Umständen zu erreichen, vorausgesetzt so-
gar schon sehr bald, d. h. sagen wir in 3 bis 4 Wochen. Un-
sere deutsche Stellung ist in unserem waffenlosen Kampfe un-
bedingt sehr günstig.

Wer soll vermitteln?

Die „Intercession“ im Ruhrkrieg

Von einem diplomatischen Mitarbeiter erhalte ich folgende
Beachtung: Die Geheim-Mission des französischen Ministers
Le Trocquer in London hat wieder einen ganzen Schwarm
von Gerüchten aufkattern lassen, die von einer baldigen Ver-
mittlung irgendwelcher am Ruhrkrieg nicht beteiligten Staa-
ten zwischen Frankreich und Deutschland sprechen. Offiziell
ist Le Trocquer nach London gekommen, um wegen der
Kohlenzufuhr durch das englische Besatzungsgebiet zu ver-
handeln. Aber in Paris selbst gibt man offen zu, daß die
Reise des Ministers den Nebenwert habe, wegen einer eng-
lischen „Intercession“ anzuklopfen. Auslöschend
für diesen Versuch war die Erklärung Bonar Law im Unter-
haus, er habe die Hoffnung, obwohl er keine Gründe an geben
könne, auf die sich diese Hoffnung stütze, daß noch irgend-
welches Ergebnis einträte werde, das England gestatte, in
nützlicher Weise einzugreifen. Aber schon die Bemerkung des
britischen Außenministers Lord Curzon im Oberhaus, im
Augenblick müsse jedes englische Eingreifen nur zu einem
Widererfolg führen, zeigt deutlich, daß man in London noch
einen Akt der Ruhrtragödie abwarten will.

Wie sieht es aber in der nicht englischen Welt? Der
Augenblick scheint gekommen zu sein, die Eignung und Ziel-
lungnahme aller für die Vermittlerrolle in Betracht kommen-
den Staaten nochmals durchzuprüfen. Aus dem Kreis der
erschütterten Entente wäre immerhin Italien zu nennen.
Es ist, obwohl es ursprünglich nur an dem wirtschaftlichen
Eingriff an der Ruhr teilnehmen wollte, doch ebenso wie
Belgien, französische Partei und kann sich nicht mehr als
„Vermittler“ herausstellen. Bezeichnend aber für die Ent-
wicklung der politischen Lage ist, daß die halbamtliche römische
Agentur „Volta“ dem Teil der englischen Thronrede wider-
sprach, in dem gesagt wurde, Italien habe sich freiwillig den
Maßnahmen Frankreichs im Ruhrgebiet angeschlossen. Ita-
lien nehme vielmehr nur an der „technischen Kontrolle“ teil
und tue damit weniger als — England, das seine Truppen
am Rhein belassen habe. Damit rückt die italienische Politik
von dem derzeitigen Vorgehen im Ruhrgebiet ab und spielt
bei der kommenden Auseinandersetzung eine leichtere Rolle.

Einen ähnlichen Kurs hat man sich in Polen gegeben.
Während der neuen Verhandlungen des Warschauer Sejms
(Abgeordnetenhauses) betonte Korzant die außerordent-
liche Wichtigkeit einer deutsch-französischen Verständigung in
der Ruhrfrage und sagte die Verständigung in kurzer Zeit
möglich. Das war kein Vermittlungsangebot, aber es verriet
die Bereitwilligkeit, sich einer von anderer Seite kommenden
Vermittlung anzuschließen. Von welcher Seite sollte aber die
Anregung kommen? Von den europäischen Neutralen? Der
schwedische Minister Branting hat, wie man kürzlich er-
fahren mußte, vollständig verjagt. In den zwei-
deutschen Parteien scheint keine Reigung für einen Vermitt-
lungsantrag zu bestehen. Im Klub der schwed. Freisinnigen
in Stockholm erbatte Professor Hecker einen Bericht
über die Ruhrfragen, der dem deutschen Standpunkt
recht gab. In der Aussprache wurde wiederum den fran-
zösischen Forderungen „volles Verständnis“ entgegengebracht

und schließlich übereinstimmend ausgesprochen, daß nur ein Eingreifen Amerikas und Englands die Lösung bringe. In Holland, wo man doch durch Verkehrsstörungen und beginnende Kohlenzufuhr die Folgen der französischen Ruhrbedrohung empfindlich spürt, besteht ebenfalls keine Neigung, ein Eingreifen oder eine Vermittlung zu fördern. In der holländischen Kammer hat der Führer der Sozialdemokraten, Tröfstra, der erst kürzlich auf der Amsterdamer Sozialistenkonferenz angeregt hatte, Holland und die Schweiz sollen in ihrer Eigenschaft als am Ruhrstreit wirtschaftlich beteiligte Länder vermittelnd eingreifen, eine Anfrage über die Ruhrfrage eingebracht. Nach Fühlungnahme des Kammerpräsidenten mit dem holländischen Außenminister beschloß die bürgerliche Mehrheit mit 36 gegen 26 Stimmen, über die Anfrage nicht zu verhandeln. Welche Hoffnung bleibt? In den Kreisen der internationalen Diplomatie Berlins wird jetzt auf die südamerikanischen Staaten lateinischer Sprache hingewiesen. Diesen Staaten sei das Interesse an der Wiederbelebung der europäischen Kaufkraft und an der Befestigung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Ihre roßmännliche und kulturelle Verwandtschaft stelle sie Frankreich näher und mache sie zum Vermittler geeigneter. Ihre meist katholische Religion könnte ihnen auch die moralische Unterstützung des heiligen Stuhls bringen. Ginge Südamerika entschlossen vor, so kämen die europäischen Neutralen ganz von selbst mit und hinter diesem Vorspann wären die angelegentlichsten Mächte eher bereit, das rollende Rad wieder zu lenken. Dieser Gedankengang ist schön, aber er stammt von ernst zu nehmender Seite.

Die feindliche „Billfür im besetzten Gebiet

Empfängende „Gerichtsurteile“
Essen, 18. Febr. Das Kriegsgericht verurteilte den Oberbürgermeister Havenstein von Oberhausen zu 3 Jahren Gefängnis, weil er die Lieferung von elektrischem Licht für den besetzten Bahnhof verweigert habe. Der Vertrag auf Stromlieferung an den Bahnhof war am 2. Februar von der deutschen Eisenbahnverwaltung gekündigt, außerdem war von der Regierung die Stromlieferung verboten worden. — Bürgermeister Schäfer von Essen wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er die Auslieferung von 72 geforderten Personentransportwagen und von Kohlen verweigerte.
Direktor Buhmann vom Rheinisch-westfäl. Elektrizitätswerk wurde zu 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.
Das belgische Kriegsgericht in Aachen hat den Oberbürgermeister Dr. Jarrés von Duisburg wegen Beharrungsverweigerung zu 1 Monat Gefängnis und Kostentragung verurteilt.

Mordbeleid
Dortmund, 18. Febr. Die französischen Soldaten haben den Befehl erhalten, jeden Beamten und Arbeiter ohne Ansehen der Person zu erschließen, den sie an Telegrafensystemen antreffen. — Damit sind alle Ausbesserungen usw. unmöglich gemacht.

Lebensmittelraub
Essen, 18. Febr. Auf dem Bahnhof Scharnhorst sind 140 Eisenbahnwagen Lebensmittel von den Franzosen geraubt worden. Aus dem unbesetzten Gebiet werden keine offenen Wagen mehr ins besetzte Gebiet hineingelassen. In Wohnorten wurden Stroh- und andere Güter, Lebensmittel, Kohlen usw. beschlagnahmt.

Blutiger Zusammenstoß in Essen
Essen, 18. Febr. Französische und belgische Soldaten drangen in eine Wirtschaft in der Turmstraße ein und als ihnen die Getränke verweigert wurden, nahmen sie dieselben mit Gewalt weg. Die herbeigerufene Schutzpolizei wurde mit Revolvern bedroht. Darauf griffen auch die beiden Polizeibeamten zum Revolver und verwundeten zwei Franzosen und zwei Belgier.

Die Essener Polizei aufgehoben
Essen, 18. Febr. Die Franzosen haben das Polizeipräsidium von Essen beseht, alle Mitglieder der Schutzpolizei, die in der Stadt angetroffen wurden, sind verhaftet worden. Vom Polizeipräsidium wurden an die Polizeireviere der Stadt und in das Polizeibarackenlager Scherath der Befehl gegeben, sofort den Dienst zu verlassen und Zivilkleidung anzulegen. Die Stadt Essen ist nun ohne Polizei. Die französische Behörde hatte verlangt, daß die Polizei sich ihrem Befehl unterstelle, was verweigert wurde.

Oberhausen, 18. Febr. Wegen Schulverweigerung ist hier ein Polizeihauptmann zu einem Monat Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Elf weitere Polizeibeamte wurden zu je acht Tagen Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Feindliche Rohheit
Gelsenkirchen, 18. Febr. Bei der gestrigen Beerdigungsfest für den von den Franzosen erschossenen Polizeimeister Hutcher sang die riesige Menschenmenge, die auf dem Friedhof der Feier beiwohnte, entblößten Hauptes vor selbst das „Niederländische Danzgebiet“ unter Musikbegleitung. Französische Hülfer warfen Flugblätter, was die Tausende in heftige Empörung versetzte.

Entlassung der Zollbeamten
Koblenz, 18. Febr. Die Rheinlandkommission hat beschlossen, vom 20. Februar 1923 an das ganze bisherige deutsche Zollpersonal zu entlassen und durch Franzosen und Belgier zu ersetzen.

Militarisierte Züge
Düren, 18. Febr. Hier ist wieder ein von Belgiern geführter Personenzug schwer verunglückt. Die Bevölkerung wird im Interesse ihrer Sicherheit gewarnt, Züge zu benutzen, die von feindlichen Soldaten oder Eisenbahnern geführt werden.

Offenburg, 18. Febr. Französische Soldaten holten nach der Ausweisung der oberen Beamten des hiesigen Bezirksamts die übrigen Beamten aus den Kanzleien unter Rhythandlungen heraus, durchsuchten sie und nahmen auch Privatgelder ab. Das Bezirksamt ist militärisch besetzt.

Wagen und keine Kohlen?
Paris, 18. Febr. Ein Berichterstatter des „Temps“ schreibt heute folgendes nieder, was für die Lage im Ruhrgebiet außerordentlich bezeichnend ist: „Ich kann aus guter Quelle bestätigen, daß General Bagot schon jetzt in der Lage ist, täglich 40 Kohlenzüge oder Kokszüge abgeben zu lassen, aber die Kohlen Kohle muß ihm dazu Gelegenheit.“ Er muß also Kohlen haben!!

Wieder ein Minister im Ruhrgebiet
Düsseldorf, 18. Febr. Reichspostminister Stinagel hat trotz des Verbots der feindlichen Regierungen die Post- und Telegraphenämter in Düsseldorf, Duisburg, Wülheim a. Ruhr, Essen, Bochum und Dortmund besucht.

Die polnischen Stadtratsordnen in Gelsenkirchen haben in einem Schreiben an den Oberbürgermeister erklärt, daß sie ebenso wie die Deutschen gegen die Besetzung der Stadt und die Verhaftung der Beamten Widerspruch erheben.

Heimgeschick
Berlin, 18. Febr. Eine größere Zahl polnischer Arbeiter und Eisenbahner, die auf der Fahrt von Danzig nach Antwerpen durch den Kieler Kanal fuhren, wurden an der Holtentauer Schleuse abgefangen. Das Schiff durfte auf Befehl der deutschen Behörden die Fahrt nicht fortsetzen und die Polen wurden in ihre Heimat zurückbefördert.

Das Eisenbahnpersonal in Innsbruck hatte erfahren, daß ein größerer Trupp tschechischer Arbeiter von Wien über den Arlberg ins Ruhrgebiet abgegangen war. Der betreffende Wagen wurde in Innsbruck vom Zug abgehängt und blieb auf dem Bahnhof stehen.

Die verunglückte Holzverfeinerung
Kaiserslautern, 18. Febr. Die von der französischen Behörde ausgeschriebene erste Holzverfeinerung aus den beschlagnahmten Staatswaldungen blieb ergebnislos. Keiner der anwesenden deutschen Holzhändler und Industriellen machte ein Angebot oder schloß einen Kauf ab.

Für die besetzten Gebiete
Berlin, 18. Febr. Der deutsche Verein in Stockholm hat bis jetzt 13 300 Kronen (rund 82 Millionen Mark) und 3 1/2 Millionen Mark an das deutsche Rotokopf eingeleitet. Der frühere deutsche Konsul in Kaituta, Otto Röll in Rarich spendete eine Million Mark.

Wie ergiebig die Sammlungen der deutschen Zeitungen sind, ist aus den Empfangsbestätigungen ersichtlich. Ein Leipziger Blatt quittiert bereits über 115 Millionen, ein Hamburger Blatt über 248 1/2 Millionen Mark.

Die französisch-englischen Verhandlungen
Paris, 18. Febr. „Reit Parisien“ berichtet, Minister Trocquer habe in London erreicht, daß die englische Regierung entgegenkommend vorschlug, das Stück des englischen Besetzungsgebietes, durch das die Eisenbahnlinie Düsseldorf-Düren-Aachen führt, solle dem belgischen Besetzungsgebiet zugesprochen werden. Bezüglich der Beförderung und Verlegung der Besatzungstruppen im Ruhrgebiet seien jedoch Schwierigkeiten entstanden.

Der Reichszentralrat im Landwirtschaftsrat

Berlin, 18. Febr. Reichszentralrat Luno wohnte der 52. Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats an. Er hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Wieder einmal stehen Volk und Vaterland im Kampf um das Dasein, im Kampf des Rechts gegen das Unrecht, der freien deutschen Selbstbetätigung gegen die kapitalistischen Bestrebungen und den Raubbau der Feinde. Unsere Kraft zum Widerstand schöpfen aus dem reinen Gewissen vor der ganzen Welt und aus dem Bewußtsein, daß auf unserer Politik der maßvollen Besonnenheit sich alle Teile des deutschen Volks einigen können und müssen. Unsere Waffe ist die Verfassung jeder Mitbürger bei dem Unterfangen der Franzosen und Belgier, und die passive Abwehr, aber die feine Macht der Welt triumphieren kann, weil sie keiner Macht erreichbar ist, weil sie im Herzen ruht und nicht ausgerottet werden kann, wenn wir zusammenhalten. Es ist, als wäre eine neue Volksgemeinschaft entstanden; niemand darf sich brüsten, mehr oder weniger vaterländisch gesinnt zu sein, sondern das Maß für den Wert des Deutschen besteht darin, wie weit er in der Festigkeit seines Willens und der Arbeit dazu beiträgt, die Abwehrfront an der Ruhr aufrecht zu erhalten. Vor allem muß die Ernährung gesichert sein; im Ruhrgebiet wurde mir klar, daß alles von den Fragen der Ernährung abhängt. Ich weiß, daß auf die deutsche Landwirtschaft gezählt werden darf, daß sie mit mir einig ist, daß mit Lebensmitteln und Brot nicht spekuliert werden darf. Weiter hat der Wucher auch im besetzten Gebiet wieder Fuß gefaßt. Jeder ist ein Verräter am Vaterland! (Lebh. Beifall.) Die Landwirte wägen durch ihre reichen Spenden, daß sie sich mit Arbeit und Opfern in den Dienst der Abwehr stellen. Ich danke namens der Reichsregierung aufrichtig; vergessen Sie aber nicht, daß der Kampf auf lange Zeit eingerichtet werden muß. Weiter auf länger, als eine Stunde zu wenig! (Lebh. Zustimmung.) Die Abwehrfront kann nur halten, wenn alle Klassen zur Vereinfachung der Lebenshaltung schreiten. Wir geben Zeiten entgegen, die schwerer sind als alle bisherigen waren. Aber wir werden die Kerben nicht vertiefen. Das Ende des Kampfes entscheidet über Freiheit oder Unfreiheit des deutschen Landes, über Freiheit oder Sklaventum des deutschen Volks. (Stürmischer Beifall.)

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 17. Februar.
Der Landtag befaßte sich heute mit dem Etat des Finanzministeriums und erledigte eine Reihe von Kapiteln über das Steuerwesen. Ueber einen Antrag Winter (Soz.) und Dr. v. Blume (Dem.), die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert zu veranlagern, gab es eine längere Auseinandersetzung. Finanzminister Dr. Schall betonte, daß heute eine Möglichkeit des Uebergangs von der Ertragssteuer zum gemeinen Wert nicht bestehe. Wollte man den Antrag Winter annehmen, so müßte man zuerst einen neuen Kataster aufstellen, was unheimliche Summen verschlingen und sehr lange dauern würde. Gegen den Antrag sprachen insbesondere die Abg. Körner (B.S.) und Mähler (Zr.). Die Abstimmung wurde zurückgestellt, ebenso über einen Antrag Winter (Soz.), der das Finanzministerium ersucht, über die Gewerbesteuerfrage Daimler im Finanzausschuß Auskunft zu geben. Gegen diesen Antrag wurde seitens der Regierung geltend gemacht, daß der Fall vollkommen ordnungsmäßig und sachlich behandelt wurde, daß keine rechtliche Grundlage für die Unterbreitung der Akten bestehe und daß allgemeine wirtschaftliche Interessen sowie die Wahrung der Geschäftsgeheimnisse der Firma Schweigen gebiete. Am Mittwoch nachmittag wird die Beratung fortgesetzt. In der nächsten Woche sollen Dauerberatungen stattfinden, um mit der Etatberatung fertig zu werden.

Wert nicht bestehe. Wollte man den Antrag Winter annehmen, so müßte man zuerst einen neuen Kataster aufstellen, was unheimliche Summen verschlingen und sehr lange dauern würde. Gegen den Antrag sprachen insbesondere die Abg. Körner (B.S.) und Mähler (Zr.). Die Abstimmung wurde zurückgestellt, ebenso über einen Antrag Winter (Soz.), der das Finanzministerium ersucht, über die Gewerbesteuerfrage Daimler im Finanzausschuß Auskunft zu geben. Gegen diesen Antrag wurde seitens der Regierung geltend gemacht, daß der Fall vollkommen ordnungsmäßig und sachlich behandelt wurde, daß keine rechtliche Grundlage für die Unterbreitung der Akten bestehe und daß allgemeine wirtschaftliche Interessen sowie die Wahrung der Geschäftsgeheimnisse der Firma Schweigen gebiete. Am Mittwoch nachmittag wird die Beratung fortgesetzt. In der nächsten Woche sollen Dauerberatungen stattfinden, um mit der Etatberatung fertig zu werden.

Württemberg

Ueber den gegenwärtigen Stand der Frage betr. die künftige Gestaltung der Lehrerbildungsanstalten führte Kultminister Dr. Hieber am 18. Febr. im Landtag folgendes aus: Was die Lehrerbildung überhaupt anlangt, so kann mir aus dem letzten Herbst in diesem Hause vor bald einem Jahr ausgesprochen anläßlich einer Anfrage, die aus der Mitte des Zentrums an mich gerichtet war. Ich habe mich damals — es war im März 1922 — über den Stand der Lehrerbildungsfrage, über besondere Maßnahmen, die zur Reform auf diesem Gebiet erforderlich schienen, genauer gesprochen und ich muß nun daran anknüpfen, was sich seitdem geändert u. vollzogen hat. Das Reichsministerium des Innern, zu dessen Zuständigkeit die Durchführung der betr. Artikel der Reichsverfassung von Weimar gehört, hat im Lauf des letzten Jahres verschiedene Besprechungen im Reichsausschluß abgehalten, auch Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium und Besprechungen auch mit den größeren deutschen Lehrerverbänden. Das Reichsministerium des Innern hat sich redlich bemüht, eine Regelung der Lehrerbildungsfrage im Sinne des betr. Artikels der Weimarer Verfassung von Reichswegen zu erwirken. Allein das Reichsfinanzministerium und mit ihm die Finanzverwaltungen der einzelnen Länder haben sehr starke Bedenken gegen die Durchführung der Lehrerbildung im Sinne dieses Artikels geltend gemacht und das Reichskabinett hat am 12. Jan. 1923 es endgültig abgelehnt, den Artikel praktisch durchzuführen, und hat es den einzelnen Ländern anheimgegeben, möglichst einseitig vorzugehen in der Richtung des Referentenentwurfs über die Lehrerbildung, der schon seit längerer Zeit von Seiten des Reichsministeriums des Innern ausgearbeitet worden ist. Ein solches gemeinsames Vorgehen einzelner Länder ist zwischen den Ländern Sachsen, Thüringen, Hamburg und den beiden Westpreußen angebahnt, und bei der Sitzung des Reichsausschusses, die morgen beginnt und in den nächsten Tagen sich fortsetzen wird, wird neben den anderen Fragen auch diese Frage einen Gegenstand der Tagesordnung bilden an der Hand bereits ausgegebener Leitfäden. Unter Führung des Reichsministeriums des Innern wird verhandelt werden, dabei wird Württemberg selbstverständlich beteiligt sein. Bei Reichstag, bemerke ich, hat mir Herrbrich, ich glaube sogar mit erheblicher Mehrheit, die beschleunigte Einbringung eines Lehrerbildungsartikels auf der Grundlage des Art. 143 Abs. 2 der Reichsverfassung wiederholt dringend gefordert. Was nun Württemberg anlangt, so hätte wir eine einheitliche Regelung dieser Frage durch das Reich sehr erwünscht erachtet und haben uns auch in diesem Sinne bisher und seit dem Reichsgegenüber bei den Verhandlungen im Reichsausschluß ausgesprochen. Zu abschließenden Verhandlungen ist es aus dem Grunde auch innerhalb Württembergs noch nicht gekommen, weil wir abwarten wollten, ob und was etwa im Reich auf diesem Gebiet geschieht. Wir haben uns deswegen auch zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den von mir vorher genannten Ländern bis jetzt nicht entschließen können, weil uns aber morgen und in den nächsten Tagen bei diesen Verhandlungen in Berlin mit diesen Ländern berätigen. Die Beratungen über ein etwaiges gemeinsames Vorgehen werden zunächst nur informativ sein.

Während wir nun im Jahre 1921 und 1922 keine Zöglinge in die Lehrerseminare aufgenommen haben, weil unser Bedarf an Lehrkräften auf verschiedene Jahre gedeckt ist, haben wir für das Frühjahr 1923 eine solche Aufnahme in beschränktem Umfang wieder vorgesehen. Aber der Unterricht, der jetzt bei den Neuaufgenommenen beginnt, soll nach einem Lehrplan erfolgen, der alle Möglichkeiten offen läßt, sowohl die Weiterführung der Lehrerbildungsanstalt als für ihre jahrgangweise Umgestaltung zu einer Aufbauschule. Wir werden im Laufe der kommenden Monate zu prüfen haben, ob wir eine durchgreifende Neuordnung der Lehrerbildung etwa im Sinne der vorher genannten Länder vornehmen wollen, oder ob wir unter dem Zwang der Verhältnisse uns mit einer kleineren unzulänglichen Reform begnügen wollen. Bei dieser Entscheidung für Württemberg wird das Vorgehen der Staaten Preußen, Baden, Hessen und westfälischen Elsaß sein. Preußen hat, wie ich voriges Jahr schon mitteilte, 47 bisherige Lehrerbildungsanstalten in Aufbauschulen umgewandelt oder umzuwandeln begonnen und wird hiner 23 weitere Lehrerseminare dieser Umwandlung folgen lassen. Aber die weiteren Absichten Preußens auf diesem Gebiet sind noch nicht völlig geklärt. Baden hat schon seit ein paar Jahren begonnen, seine Lehrerbildungsanstalten abzubauen und fährt darin fort. Es plant eine durchgreifende Neuordnung auf der Grundlage der Prüfungsfrage. Soweit ich weiß, wird demnach in Baden eine Denkschrift des Kultministers über die ganze Frage vorgelegt werden. Hessen hat seine pädagogische Krise, die es bisher mit den Abtinenten hatte, nun zur alleinigen Form der Ausbildung gemacht und seine Lehrerbildungsanstalten in Aufbauschulen umgewandelt. Aber auch dort sind eine Reihe von Fragen noch nicht endgültig geklärt. Wie gesagt, die ganze Frage ist noch nicht wirklich gefördert, infolge der Verzögerung, die durch die Haltung des Reichs naturgemäß eintreten muß, und es steht auch die etwaige Umgestaltung der Lehrerbildungsanstalt im Seminar in Wartburg und dem entsprechenden katholischen Seminar in Gmünd naturgemäß im engsten Zusammenhang mit der Umgestaltung der Lehrerausbildung.

Was das Englische anlangt, so ist gefragt worden,



den Antrag Winkler annehmen...
Die Abstimmung wurde...
Der Antrag Winkler (Soz.), der die Gewerbesteuerfrage...
gegenüber gestellt gemacht...
Grundlage für die Unter...
allgemeine wirtschaftliche...
Geschäftsgeheimnisse der...
Rittwoch nachmittags wird...
nächsten Woche sollen...
der Staatsberatung fertig

Wittberg

Land der Frage betr. die...
Bildungsanstalten führte...
Febr. im Landtag folgen...
berhaupt anlangt, so da...
in diesem Haus vor bald...
einer Anfrage, die aus...
gerichtet war. Ich habe...
1922 — über den Stand...
diese Maßnahmen, die zur...
lich scheinen, genauer ge...
nachten, was sich seitdem...
Ministerium des Innern...
führung der betr. Artikel...
gebet, hat im Lauf des...
ungen im Reichsschulans...
mit dem Reichsschulanz...
mit den größeren deut...
Ministerium des Innern...
ng der Lehrerbildungsfrage...
Weimarer Verfassung von...
Reichsschulministerium...
gen der einzelnen Länder...
die Durchführung der...
Artikel geltend gemacht und...
1923 es endgültig abge...
föhrt, und hat es den ein...
endgültig einseitlich oor...
sumentenrecht über die Leh...
Zeit von Seiten des Reichs...
idität worden ist. Ein...
gelter Länder ist zwischen...
Hamburg und den beiden...
der Sitzung des Reichsschul...
in den nächsten Tagen...
andern Fragen auch diese...
ordnung bilden an der...
sige. Unter Führung des...
ed verhandelt werden, da...
ndlich beteiligt sein. Der...
sicht, ich glaube sogar mit...
einige Einbringung eines...
blage des Art. 143 Abs. 2...
nd gefordert. Was nun...
wir eine einheitliche Reg...
für erwünscht erachtet und...
sicher und frei dem Reich...
in Reichsschulansschul...
Behandlungen ist es aus...
umberg noch nicht gefom...
nd was etwa im Reich...
haben aus demgegen auch...
mit den von mir forder...
sichtigen Ländern, werden...
sien Tagen bei diesen Be...
bändern betreffen. Die...
melnjames Vorgehen wer...

1921 und 1922 keine Zög...
ommen haben, weil unter...
ene Jahre gedrückt ist, haben...
die Ausnahme in beschänk...
Aber der Unterricht, der...
beginnt, soll nach einem...
schießen offen läßt, sowohl...
angsanfakt als für ihre...
einer Rufbausätze...
enden Monate zu prüfen...
Neuordnung der Lehrere...
genannten Länder oor...
dem Zwang der Verhältn...
inglichen Reform begünst...
für Württemberg wird das...
Baden, Hessen von wesent...
wie ich voriges Jahr...
bildungsanstalten in Auf...
gumandeln begonnen und...
more dieser Umwandlung...
Absichten Preußens auf...
gillert. Baden hat schon...
ne Lehrerbildungsanstalten...
Es plant eine durchgreifende...
der Krisenprüfung. Sowie...
eine Zeitschrift des Kult...
vorgestellt werden. Hessen...
es bisher mit den Ab...
Form der Ausbildung...
anstalten in Aufbauschulen...
eine Reihe von Fragen...
gelegt, die ganze Frage...
folge der Vergrößerung, die...
gemäß einzuweisen, und...
haltung der Lehrere...
Marktbedingungen und dem...
in Gemüß naturgemäß...
Umgestaltung der Lehrere...

so ist gefragt worden,

wie es damit in anderen Staaten stehe. Ich kann mitteilen, daß das Englische in Posen, in Thüringen, in Anhalt und in Hamburg als einzige Fremdsprache in den Lehrerseminaren eingeführt wird. In Preußen ist zwischen Englisch und Französisch noch die Wahl gelassen. Wenn vom Herrn Abg. Pollich gewünscht wurde, das Lateinische als Fremdsprache einzuführen, so möchte ich dazu sagen, das Lateinische kann im Lehrerseminar nur etwa als die zweite nicht obligatorische Fremdsprache in Betracht kommen, so daß also die Hörsäle neben dem Englischen die Wahl haben, ob sie Lateinisch oder Französisch als zweite Fremdsprache lernen wollen. Noch in keinem Land ist diese Frage endgültig entschieden und auch die Frage Englisch oder Französisch hat natürlich weitverbreitete Bedeutung überhaupt für unsere höheren Schulen. Das können wir jetzt nicht geschwind im Handumdrehen machen und klären es auch nicht unter dem Gesichtspunkt gewisser Stimmungen und Stimmungen entscheiden. (Sehr richtig). Das geht nicht an. Für die Entscheidung bei den Lehrerseminaren waren nicht die Ergebnisse der letzten Wochen maßgebend, sondern diese Entscheidung ist von langer Hand her erwogen und sie ist aus ganz allgemeinen Gründen getroffen worden. Auf diese Punkte glaube ich mich in diesem Zusammenhang beschränken zu dürfen.

Der Eisenbahnbau in Württemberg 1922. Neue Bahnhöfe mit Ausnahme der am 1. Mai 1922 eröffneten 3,02 Kilometer langen Bernhards-Schnellfahrstrecke — Sigmaringen — im Zusammenhang mit der Eröffnung des neuen Hauptbahnhofs in Stuttgart in Betrieb genommenen kurzen Strecken sind im Jahre 1922 nicht eröffnet worden. Dagegen konnte am 20. Januar 1922 das zweite Gleis auf der Strecke Reutlingen — Sigmaringen und im Dezember a. J. das auf der Strecke Sigmaringen — Gärtringen der Gärtringer Bahn eröffnet werden. Diese ist nunmehr mit Ausnahme der Strecke Reutlingen — Reutlingen und Gärtringen — Gärtringen bis Gärtringen fertig ausgebaut. Weitergebaut wurde außerdem an dem zweiten Gleis Reutlingen — Reutlingen sowie an den verschiedenen Reutlingen, mit deren Bau schon vor dem Krieg begonnen worden ist. Weitererarbeiten haben vor allem auf der Gärtringen und der Linie Reutlingen — Gärtringen in erheblichem Umfang stattgefunden.

Stuttgart, 18. Febr. Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat bei Gaspreis um weitere 199 M auf 45 M das Rubrikmeter, den Strompreis für Licht auf 900 M für Kraft auf 650 M erhöht. Die Rubrikmeterpreise und Rubrikmeterpreise den Verbrauch nicht ganz unmaßlich zu machen, sollen zur Unterstützung dieser Kreise monatlich 25 Millionen M, mehr zur Verfügung gestellt werden.

Das Notapapier für das Ruhrgebiet hat bis jetzt über 200 Millionen ergeben. Daran ist die Württembergische Metallindustrie mit 76, die Textilindustrie mit 49 Millionen, die Papier- und die chemische Industrie mit je 15 Millionen, der Großhandel mit 22 Millionen beteiligt. Die Sammlungen des Handwerks, der Banken, der Arbeiter und der Zeitungen sind noch nicht abgeschlossen, sie werden aber einen hohen Betrag ergeben. Die Angestellten der Robert Bosch A.-G. Stuttgart und Feuerbach haben der Schwäb. Ruhrhilfe als Ergebnis einer ersten Sammlung 4 Millionen Mark überwiesen. (Die Robert Bosch A.-G. selbst hat für denselben Zweck schon vor einiger Zeit als ersten Beitrag 2 Millionen Mark gestiftet).

Eisenbahnverkehrsbeschränkung. Wie auf der Strecke Gaildorf — Untergröningen hat die Württ. Eisenbahngesellschaft den Verkehr an Sonn- und Feiertagen auch auf den Strecken Amstetten — Gerstetten, Amstetten — Vaihingen und Vaihingen — Ennsweihingen eingestellt.

Welf der Stadt, 18. Febr. Deffentliche Anstalten. Immer mehr nehmen die öffentlichen Anstalten überhand. Von Mittwoch auf Donnerstag nacht wurde in der kaum 1 Kilometer von hier entfernten Mühle von Krämer ein Besuch abgelehnt. Eines der fetten Schweine wurde im Stall abgeschlachtet und verschwand spurlos. Sedenfalls handelt es sich um Leute, die mit den örtlichen Verhältnissen bekannt sind.

Wärtemberg, 17. Febr. Zeichenänderung. Der seit 14. Januar aus seiner Lehrstelle in Forstheim entlassene und seither vermisste Bäckerlehrling Karl Diehlmann von hier wurde in der Wärm bei einem Sägemehl aufgefunden.

Kavensburg, 17. Febr. Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat beschlossen, ein weiteres Wohngebäude für sechs Familien zu erstellen, das 75 Millionen M. kosten soll. Zur teilweisen Deckung dieser Kosten soll ein außerordentlicher Zuschuß von ca. 200 Bestmtern, die 20—30 Millionen M. einbringen würden, erfolgen. Weiterhin wurde beschlossen, 50 Holzjarge zum Preis von 20000 M das Stück anzuschaffen, die an Bedürftige abgegeben werden sollen.

Aus Stadt und Bezirk.

Ronald, 19. Februar 1923.

Weitere Ausdehnung des Blißfunkentelegraphenverkehrs. Der verkehrswirtschaftlich eingerichtete Blißfunkentelegraphenverkehr wird vom 15. Februar an, mehrfachen Wünschen aus der Geschäfts- und Handelswelt entsprechend, auf eine größere Zahl von Orten ausgedehnt. Nähere Auskunft über die in Betracht kommenden Orte sowie über alle Einzelheiten des Blißfunkentelegraphenverkehrs erteilen die Telegraphenanstalten.

Freimarken für die Ruhrhilfe. Die Volksopfermarken, die zugunsten der durch die Besetzung des Rhein-Ruhrgebiets geschädigten Deutschen angefertigt werden und zum Freimachen von Postsendungen im innerdeutschen Verkehr, sowie im Verkehr mit dem Ausland, abgesehen von Frankreich und Belgien Verwendung finden können, kommen jetzt zur Ausgabe. Die Marken werden den Ausdruck „Rhein-Ruhrhilfe“ tragen und den Betrag der Spende angeben. Marken im Freimachungswerte von 5 M kosten 105 M, wovon 100 M der Ruhrhilfe zufallen. Sie zeigen als Ausdruck einen Bergarbeiter und sind orange-rot. 25 M-Marken, die einen Verkaufswert von 525 M haben, zeigen einen Landarbeiter und sind von brauner Farbe, während 20 M-Marken mit einem Verkaufswert von 1020 M einen Pfleger in Rüstung zeigen und von blauer Farbe sind. Von der Marke zu 50 M werden bis zu 10 Millionen Stück, zu 25 M bis zu 5 Millionen und von der zu 20 M bis 1 Million Stück hergestellt.

Zur Leipziger Messe, die vom 4. bis 10. März abgehalten wird, werden zur Hinreise Gesellschaftsbonderzüge, und zur

Rückfahrt besondere Vorzüge ausgeführt, wofür in den größeren Bahnhöfen Anschläge aufgeschlagen sind.

L.C. Verjährung der Bezahlung des Umlosgeltes. Ein Landwirt im Oberamt Heilbronn hat pflichtmäßig im Oktober den ersten Teil seines Umlosgeltes abgeliefert und zwar 37 Zentner. Vor wenigen Tagen ist ihm der Gegenwert durch den Kommunalverband in Form von 52 000 Mark Papiermark heutiger Währung ausgezahlt worden. Bevor der Bauer dieses Geld in Händen hatte, konnte er keinen künstlichen Dünger dafür kaufen; jetzt reicht ihm gerade zu einem starken halben Zentner schwefelsauren Ammoniaks.

Eine Fälschung. Der Berliner „Vorwärts“ veröffentlichte dieser Tage unter der Ueberschrift: „Wie sie gegen den Achtstundentag hehen“ ein angebliches Rundschreiben des „Deutschen Arbeitgeberverbands für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr“. Dieser Artikel wurde von vielen sozialistischen Zeitungen auch in Süddeutschland nachgedruckt. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände teilt uns nun mit, daß es einen deutschen Arbeitgeberverband des angeführten Namens gar nicht gibt und daß auch der Inhalt des angeblichen Rundschreibens den in den deutschen Arbeitgeberverbänden herrschenden Ansichten nicht entspricht. Das Rundschreiben ist also eine Fälschung, der der „Vorwärts“ und die anderen Blätter zum Opfer gefallen sind und die nach der Uebersetzung der Arbeitgeberverbände nur den Zweck hat, die schizo Einzelisfront zu zerstören. Der Wortlaut des Rundschreibens mit seinen fremdsprachlichen Ausdrücken legt die Vermutung nahe, daß es sich um ein Nachwerk von Ausländern handelt.

Der Preis für Druckpapier ist ab 15. Februar von 1170 auf 1450 Mf. erhöht worden, da die Ächlen seit 10. Februar um 225 Proz., die Bahrschichten ab 15. Februar um 100 Prozentur geworben sind.

Wittberg. Sitzung des Gemeinderats vom 31. Jan. Jakob Friedrich Schächinger, Fabrikarbeiter, wird in das bürgerliche Bürgerrecht aufgenommen. — Für die Ruhrhilfe werden 50 000 M. bewilligt. — Der Jahresbeitrag der Stadtgemeinde zum Bezirkswohlfahrtsverein wird für das Jahr 1922 auf 3000 Mf. festgelegt. — Der von der Mittelschulabteilung für die höheren Schulen in Stuttgart geplanten bezirksweiten Zusammenfassung sämtlicher höheren Schulen zu Realschulen wird wirtschaftlicherer Ausführung der vorhandenen Verhältnisse usw. wird zugestimmt. — Die Osterferien der unteren Stadt von Detmold bis zur Kaiserlichen Fabrik und vom Hirsch bis zum Bahnhof sollen dem dringenden Bedürfnis entsprechend gleichzeitig mit der bereits früher beschlossenen Besetzung der Osterferien vom Bahnhof bis zum Haus des Seilermeisters Dieterle neu bewahrt werden. Den Schluß der Sitzung bildete eine Reihe kleinerer Verwaltungsgegenstände.

Die Postgebühren ab 1. März

Vom 1. März 1923 ab betragen die Postgebühren für Postkarten im Ortsverkehr 20 Mf., im Fernverkehr 40 Mf., Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 40 Mf., 20—100 Gramm 60 Mf., usw., im Fernverkehr 100 Mf. bis 20 Gramm, 20—100 Gramm 120 Mf., usw.; Drucksachen bis 25 Gramm 20 Mf., 25—30 Gramm 40 Mf.; Ansichtskarten mit Höchstformeln 20 Mf.; Päckchen bis 1 Kilo 200 Mf.; Pakete bis 3 Kilo 300 Mf., 3—5 Kilo 500 Mf., Fernpakete 600 Mf., 3—5 Kilo 500 Mf., Fernpakete 1000 Mf.; Postanweisungen bis 1000 Mf. 60 Mf., 1000—5000 Mf. 80 Mf., usw. Die Einschreibgebühr ist 80 Mf., die Vorgegebene Gebühr für Rechnung und Postaufträge 50 Mf., die Gebühre für Briefe nach dem Ortsbestellbezirk 120 Mf.; Handbestellbezirk 350 Mf., für ein Paket 220 Mf. bezw. 450 Mf. Die Paketbestellgebühr 100 Mf. Die Gebühren für Postkarten betragen bis 1000 Mf. 20 Mf., 1000—5000 Mf. 30 Mf., 5000—10 000 Mf. 40 Mf. Telegramme kosten Grundgebühr 160 Mf., jedes Wort 80 Mf. Ein Brief ins Ausland bis zu 20 Gramm kostet 200 Mf., ein Ortsgespräch 30 Mf. Die Ferngespräche kosten auf Entfernungen von 5—15 Kilometer 90 Mf., 15—25 Kilometer 150 Mf., 25—50 Kilometer 300 Mf., 50—100 Kilometer 450 Mf., jede weiteren angefangenen 100 Kilometer 180 Mf.

Eine Getreide-Aredit-Vtiengesehschaft

Ist unter Beteiligung des Reichs als privates Unternehmen gegründet worden mit der Aufgabe, den Getreidehandel zu finanzieren. Beteiligt sind der Berliner Getreidehandel unter Führung der Dresdener Bank und verschiedene der Deutschen Bank angeschlossene Banken. Im Aufsichtsrat ist das Reich vertreten durch den Vorsitzenden der Reichsgetreidebestelle Metz und deren Direktor Koguzet.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 17. Februar 1923 70 (19 548,75) Mark. 1 Dtl. Sterl. 194 512.—, 100 Dtl. Gulden 763 087.—, 100 Schm. Fr. 368 000.—, 100 franz. Fr. 115 710.—, 100 belg. Fr. 101 745.—, 100 ital. Lire 92 767.—, 100 österr. Kr. 27 68.—, 100 tschech. Krone 50 251.—, 100 poln. Mark 43.—. Der amtliche Ankaufspreis für das Zwanzigmarkstück bleibt vorläufig 100 000 M., für Reichsilbermünzen das 200fache des Nennwerts. 97 Millionen verloren. Die AEG. (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft) in Berlin, deren Vorstand Rathenau war) hat vor dem Krieg eine AEG.-Schmelzofen-Gesellschaft gegründet, die eine elektrische Schmelzofen von Berlin-Weißbrennen nach Remscheid bauen und betreiben wollte. Der Krieg unterbrach die schon ziemlich weit vorgeschrittenen Arbeiten und die inzwischen eingetretene Geldentwertung ließ das ganze Unternehmen als wirtschaftlich erscheinen. Die AEG. beschloß daher, den Bau abzugeben. Die Stadt Berlin klagte gegen die Gesellschaft, die vom Reichsgericht zum Weiterbau verpflichtet wurde. Nun will sich die Gesellschaft auflösen und dadurch sich der Verpflichtung entledigen. Die bisher in den Bau gesteckten 484 Millionen Goldmark und ebenso viel Obligationen werden verloren gegeben. Das Gelände der Bahnstrecke soll der Stadt Berlin zurückgegeben werden.

Bestellt den „Gesellschafter“!

den, da aber durch die Grabungen wertvoller Goldfunde festgestellt und andererseits verkehrserschwerende Aufschüttungen entstanden sind, möge die Stadt Berlin zur Einhebung wieder einige hundert Millionen Mark opfern. Und doch wird nichts anderes übrig bleiben. Stadt und Gesellschaft sind die Opfer der Zeitverhältnisse geworden.

Der Gesamtbedarf der deutschen Landwirtschaft an Düngemitteln für eine Düngeperiode beläuft sich nach den Berechnungen der Preuss. Hauptlandwirtschaftskammer unter Zugrundelegung der heutigen Kunstdüngerpreise auf 1700 Milliarden Mark. Mit dem 5. Februar ist der Preis für Stickstoff von 45 000 auf 78 000 M um 80 Prozent der Zentner erhöht worden.

Die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland betrug im Dezember v. J. 147 000 Tonnen, im Januar d. J. 521 000 Tonnen. Eine Folge der Ruhrbesetzung. Die englische Kohlenförderung hat den Vorkriegsstand von 1913 im Monat wieder erreicht.

Ermäßigung der Messingpreise. Die Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Messingwerke ermäßigte am 12. Februar die Grundpreise für Messingbleche auf 13 712 M und für Messingplatten auf 9338 Mark das Kilo.

Ermäßigung der Kaffeebohnenpreise. Die Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Kaffeebohnen-Fabriken in München teilt mit, daß der Aufschlag auf die Bohnen vom 17. Januar mit Wirkung ab 14. d. M. um weitere 300 Punkte auf 2300 v. J. herabgesetzt worden ist.

Preiserhöhung für Vetrobedarfsartikel aus Holz. Der Verband Deutscher Schreibwarenfabriken erhöhte die Preise für Vetrobedarfsartikel aus Holz um 150 v. J.

Welpenmarktpreis der Südd. Rühnvereinsung am 17. Februar 150 000 M die 100 Kilo.

Märkte

Vieh- und Schweinmärkte. Dem Markt in Rattlingen waren zugeführt 15 Ochsen und Stiere, 47 Kühe, 56 Kalbinnen und Küder, 34 Ferkel, 25 Kälber, 25 Kälber, 85 Mischschweine. Es bestanden per Stück (in 1000 M): Ochsen und Stiere 850 bis 3500 M, Kühe 1250—3000 M, Kalbinnen und Küder 800—3000 M, Ferkel 425—705 M, Kälber 230—275 M, Mischschweine 110—145 M. Der Handel war trotz steigender Preise lebhaft. — Dem Vaihinger Viehmarkt waren zugeführt 15 Ochsen, 65 Stiere, 30 Kühe, 92 Küder. Für ein Paar Ochsen wurden 13 Millionen gefordert, aber nicht bezahlt, für Stiere 3—5 Millionen, für Kühe 1,5—2,5 Millionen, Küder 300 000 bis 1 500 000 M. Infolge dieser Preise war der Handel zurückhaltend. — Dem Schweinemarkt in Rattlingen waren 115 Mischschweine zugeführt, wovon alle verkauft wurden. Der Postpreis betrug 200 000 bis 350 000 M. Der Markt war von fremden Händlern stark bedrängt. — In Wergelnheim waren dem Schweinemarkt 112 Mischschweine zugeführt. Die Preise bewegten sich von 250 000—400 000 M. Der Handel ging langsam.

Schweinefleisch. Am 16. Febr. beim letzten Holzverkauf wurde für einen Spaltloch bis zu 11 000 M bezahlt. Das Schweinefleisch kostete bis 22 000 M. Birkenholz bis 28 000 M, Eichenholz bis 40 000 M. Der Raummeter. Ähnlich bestellte das Restia von diesen Holzarten, die Welle durchschnittlich über 700 M; Eichenholz im Boden bis 24 000 M der Raummeter. Bei einem Aushub von 800 000 M betrug der Gesamterlös 4,8 Mill. Mf.

Offenhausen, 17. Febr. Verkeigerung. Das Landgericht brachte 10 Pflanzenerbsen, 3 Äpfel und 7 Beilbohnen zur Versteigerung. Die Erlöse bewegten sich von 2 510 000 bis 5 510 000 M für einen Hengst.

Legte Drahtnachrichten.

Memel an Litauen ausgeliefert.

Paris, 18. Febr. Die Völkervereinigung hat das Memeland Litauen zugesprochen. — Auch dieses Urteil der Konferenz wird einmal „korrigiert“ werden.

Amerikanisches Getreide für Deutschland?

Paris, 18. Febr. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, die deutsche Regierung stehe in Unterhandlung wegen Ankaufs von 80 000 Bushel Roggen (1 Bushel Roggen gleich 24 1/2 Kg.), die mit Devisen bezahlt werden sollen, die ursprünglich für Entschädigungszahlungen an Frankreich bestimmt gewesen seien. Für Getreidekäufe soll Deutschland auf die Art 150 Millionen Goldmark zur Verfügung haben. (?)

Reiche Spenden der Deutschen Südafrikas

Hamburg, 18. Febr. Dr. Lübbert in Kapstadt hat bisher als Aufruf der Deutschen Südafrikas 1050 Pfund Sterling an ein Hamburger Bankgeschäft gesandt. Außerdem sandten die Deutschen in Südafrika aus Lüderichsbucht 245 Pfund Sterling.

Der rheinische Taler im Werden?

Paris, 18. Febr. Ein Berichterstatter des „Intransigant“ will Aufklärungen über die Währungsfrage für die besetzten Gebiete erhalten haben. In der vorigen Woche habe ein französisch-belgischer Sachverständigenauschuss getagt, der es für unerlässlich erklärt habe, in kurzer Frist eine neue Währung einzuführen. Die Franzosen und Belgier aber könnten das erst durchführen, wenn sie die Verwaltung der besetzten Gebiete vollkommen in Händen hätten. Es müsse vor allen Dingen verhindert werden, daß eine Kapitalflucht aus den besetzten Gebieten stattfinden kann. Es sei unerlässlich, wenn man neues Geld ausgeben, dessen Ausfuhr zu verhindern, denn ein alter Finanzgrundsatz besage, daß wenn zwei Währungen vorhanden seien, die schlechte die gute verdränge. Die Franzosen und Belgier wollten das aber verhindern. Es scheint, daß man sich auf den Taler im Wert von drei Mark geeinigt habe. Und die rheinische Bevölkerung, zu deren Wohl allein solche Maßnahmen getroffen werden sollen?

Waisenkinder auf die Straße getrieben.

Berlin, 18. Febr. Nach einer Korrespondenzmeldung aus Offen fanden gestern zwischen Vertretern der Polizeibehörde und General Dequante Verhandlungen statt, die zu dem Ergebnis führten, daß die Schuppelzüge den Dienst wieder aufnehmen und die Uniform behält. Eine Entlassung ist nicht vorgesehen. Die Kriminalpolizei darf keine Waffen tragen.

Der „B. Z.“ berichtet zu dem französischen Vorgehen in Osnabrück, daß die Franzosen um 8 Uhr morgens die Schwere und die Kinder wurden auf die Straße gejagt. Viele davon waren nur notdürftig bekleidet und barfuß. Die Kinder, die in den kahlsten Schnee gehen mußten, fanden, soweit möglich, bei der Bevölkerung Aufnahme.



Nichts erfüllt mehr die edelsten Teile des innern Menschen als Umgang mit Personen, an denen man seinen Anteil nehmen kann.
Jean Paul.

Der Bravo.

75] Eine venetianische Begebenheit von Fenimore Cooper.
(Fortsetzung.)
"Hast du Hoffnung für mich?" fragte der alte Mann, nachdem diese Stimme und mit Dank erwiderte Pflicht erfüllt war. "Versprechen sie noch, daß ich wieder die Sonne sehen soll?"
"Sie tun's. — Sie versprechen viel."
"Daß ihre Worte wahr wären!" Ich lebe schon eine lange lange Zeit von der Hoffnung — ich bin nun in diesen Mauern mehr als vier Jahre dürrt mich."
Jacopo antwortete nicht, denn er wußte, daß sein Vater nur die Verleumdung nannte, seit man ihm selbst erlaubt hatte, ihn zu leben.
"Ich baute auf die Hoffnung, daß der Doge an seinen alten Diener denken und die Türe meines Gefängnisses öffnen würde."
Wieder schweig Jacopo, denn der Doge, von welchem der Vater sprach, war längst verstorben.
"Und doch sollte ich dankbar sein, denn Maria und die Heiligen haben mich nicht vergessen. Ich habe auch meine Freunde im Gefängnis."
"Gott sei dafür gedankt!" rief der Bravo. "Auf welche Art erlödest du dir dem Tode, Vater?"
"Steh hierher, Kind," fuhr der alte Mann fort, dessen Augen ein Gemisch von tieferer Aufregung verrieten, von dem neuen Wechsel seines Gefängnisses und der zunehmenden Schwäche seines Verstandes herührend, der aus Mangel an Übung allmählich seine Sinne verlor; "siehst du den Hof in diesem Holz? Er ist es doch durch die Höhe von Zeit und seit ich hier wohne, ist dieser Hof nun noch einmal so lang geworden — ich bilde mir manchmal ein, wenn er den Knarren erreiche, werden die Heiligen der Senatoren erweichen und meine Tür geöffnet. Es macht mich so zufrieden, dieses Wachsen des Sprungs zu beobachten, immer länger, Zoll für Zoll, ein Jahr ums andere!"
"Ist das alles?"
"Nein, ich habe noch andere Veranlassungen. Voriges Jahr war eine Spinne hier, die wohnt ihr Gewebe von jenem Balken, und sie war auch ein Gefelle, den ich gern sah; willst du nicht einmal schauen, Kind, ob ich hoffen darf, daß sie wieder kommt? Bald kommen die Fitegen herein und dann wird sie auf die Beute lauern. Sie mögen mich immer um falscher Beschuldigung willen einsperren und mich langweilig ein Jahr ums andere von Frau und Tochter trennen; doch all mein Glück können sie mir nicht rauben!"
Der arme Gefangene war stumm und gedankenvoll. Kindliche Ungeduld glühte in seinem Auge und er sah von dem Hof, dem Gefährten so vieler einlame Sommer, ins Gesicht seines Sohnes, wie einer, der seinen Vergnügungen doch zu misstrauen ansängt.
"Nun laß sie's auch wegnehen," sagte er, indem er den Kopf unter die Beildecke vergrub: "ich will ihnen nicht fluchen!"
"Vater!"
"Ja, pol!"
"Ich war der Bravo sprachlos. Er wagte sogar nicht einmal, die atemlosen aufmerksamen Gelsomina verstoßen einen Blick zu werfen, um ihre arglosen Blicke zu erforschen, obgleich sein Blick sich schwer hob.
"Hörst du mich, Sohn?" fuhr der Gefangene fort, indem er wieder den Kopf emporhob, "glaubst du wirklich, daß sie dich haben, die Spinne aus meiner Kammer zu jagen."
"Sie werden dir dieses Vergnügen lassen, Vater, denn es gefährdet weder ihre Macht, noch ihren Ruf."
"Doch Maria, mache mich dankbar! — Ich hatte wohl Maria, Kind, denn es ist nicht angenehm, einen Freund in seiner Kammer zu verlieren!"
"Nur so demüthige dich, das Gemüth des Gefangenen zu beseitigen und leute seine Gedanken allmählich auf andere Gegenstände. Er ist an die Seite des Bettes einige Lebensmittel, die er ihm bringen durfte und indem er wieder auf die Hoffnung seiner Befreiung anspielte, sagte er, daß er wieder leben wolle.
"Ich will's versuchen, dir zu glauben, Sohn," sagte der

Preis, welcher gute Ursache hatte, so oft gemachten Versprechungen zu misstrauen. "Ich will Alles tun, was ich kann, um daran zu glauben. Sage deiner Mutter, ich höre nie auf, an sie zu denken und für sie zu beten; und deine Schwester wirst du statt ihres armen eingesperrten Vaters segnen."
Der Bravo verbeugte sich willfährig, um jedes Mittel froh, das ihn des Todes überhob. Auf ein Zeichen des alten Mannes bog er wieder das Knie und empfing den Abschiedssegens. Nachdem er sich noch damit zu tun gemacht, den ärmlichen Hausrat der Kammer zu ordnen und versucht hatte, einen bis zwei schmale Risse zu öffnen, damit mehr Licht und Luft zufließen, verließ er die Kammer.
Weder Gelsomina noch Jacopo redete, als sie auf den verwinkelten Pfaden, auf welchen sie zum Hofen gelangt waren, zurückgingen, bis sie sich wieder auf der Seufzerbrücke befanden. Selten betrat ein menschlicher Fuß diese Galerie und Gelsomina wählte sie mit weiblichem Scharfblick zum Ort ihrer weiteren Unterredung aus.
"Hörst du ihn verändert?" fragte sie, indem sie auf der Brücke stille stand.
"Seht."
"Du sagst das mit lächerlichem Mienenpiel!"
"Ich habe mein Gesicht nicht gelehrt, gegen dich unwahr zu sein, Gelsomina."
"Aber es ist doch Hoffnung? — Du selbst sagtest ihm, es sei Hoffnung."
"Die heil. Maria vergebte den Betrug! Ich konnte dem armen Leben das bishen Trost nicht rauben."
"Carlo! Carlo!" — Warum bist du so ruhig? Ich hörte dich nie von meines Vaters Leiden mit so viel Ruhe reden."
"Weil seine Befreiung nahe ist."
"Aber diesen Augenblick war er noch ohne Hoffnung und du sprichst nun von Befreiung!"
"Von der Befreiung des Todes. Selbst der Grimm des Senats muß das Grab achten."
"Hörst du sein Ende für nahe."
"Du bist edel, gute Gelsomina und wahr gegen deine Freunde, die du so wenig kennst, doch einem, der so viel Böses gesehen hat, wie ich, kommt bei jedem neuen Ereignis ein argwöhnischer Gedanke."
(Fortsetzung folgt).

In das Handelsregister

Ist am 15. Februar 1923 eingetragen worden:

1. Abt. für Einzelhandel: B. I. Nr. 181 bei der Firma Johs. Pfeiff in Ebdhausen: Die Firma ist als Einzelhandelsfirma eingetragen. Der bisherige Proprietär ist als Gesellschafter in die neue Firma Johs. Pfeiff, offene Handelsgesellschaft, eingetragen.

2. Abt. für Großhandel: Firmen Band I Nr. 135: Die Firma Johs. Pfeiff, offene Handelsgesellschaft, ist am 1. Januar 1922. Geschäftlicher Name: Johs. Pfeiff, offene Handelsgesellschaft, in Ebdhausen an Ernst Kraus, Kaufmann in Ebdhausen, Großhandel in weiteren Filialen und Filialen.

3. Friedrich Zahn, Kaufmann in Ebdhausen hat die Prokura.

434 Amtgericht Nagold

Stadtgemeinde Nagold.

Nadelholz-Stammholz Verkauf.

Aus Stadtwald Holz kommen zum Verkauf im schriftlichen Kalkül:

134 Fi, 265 La mit Fm:
Langholz: 14 I, 69 II, 147 III, 70 IV, 9 V, 1 VI R.
Edholz: 6 I, 7 II, 5 III R.
Angabe bis Dienstag, 27. Febr. 1923, vormittags 11 Uhr an Stadth. Holzverwaltung, Ebdhausen 429

Stadt. Forstverwaltung.

Nagold, den 18. Febr. 1923.



Todes-Anzeige.

Unsere liebe Mutter, Schwieger- und Stiefmutter

Christine Benz

geb. Reichert

starb gestern abend im Alter von 77 1/2 Jahren zur ewigen Ruhe ein.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der Trauernden: Unterbrüderlein 432 der Sohn: Karl Benz.

Beerdigung Dienstag mittags 1 Uhr.

Gebetbücher

bei G. W. ZAISER, Nagold.

Effringen Ober- u. Raach.

Nadelstammholz Verkauf.

Am Dienstag den 20. Febr. ds. nachmitt. 3 Uhr kommt aus dem besten Gemeindewald zum Verkauf auf dem Raach:

Los I
Abt. für Holz mit
Langholz: Festm. II. 4,17, III. 32,27, IV. 10,37, V. 9,80, Sa Holz I 496, II. 1,13, III. 0 89 gemischt.

Los II Abt. für Holz
Sägholz mit I 12,58 II. 3,56 gemischt.

Los III Abt. für Holz
Langh. mit III. 6,05.

Die Holzpreise sind auf dem Holzmarkt in Effringen am 20. d. Mts. nachmittags 2 Uhr beim Schulhaus einsehbar.

Der Holzschlag bleibt sich vorbehalten. Die Holzpreise sind günstig.

Schulth. Amt. 425

Favorit-Moden-Album

Frühjahr / Sommer 1923
stets vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Schuld-Scheine Miet-Verträge Lehr-Verträge

stets vorrätig in der
Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Bürger und Hausfrauen der Stadt und Umgebung.

Kaufe vor dem Gasthaus zum Engel von Dienstag den 20. Februar bis Mittwoch 21. Februar Lumpen aller Art das Kilo 300 Mk. u. mehr

Wollgestricktes	"	1000 "
Stampfpapier	"	80 "
Zeitungen, Bücher, Zeitschriften		
	das Kilo	100-150 "
Knochen	"	80 "
Metall zu den höchsten Tagespreisen.		

Reelle Bedienung zugesichert.
Friedrich Stadelmann, Stuttgart. 431

Die Postbezieher

des „Gesellschafters“, die das Blatt nur für den Monat Februar bestellt haben, sowie neu hinzutretende Abonnenten werden gebeten, die Bestellung für den Monat März auf unentgeltlichem Wege sofort zu erneuern.

An das Postamt

Infrankiert in den nächsten Briefkasten werfen.

Ich bestelle hiermit die Nagolder Tageszeitung „Der Gesellschafter“ für den Monat März und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name: _____
Wohnort: _____
Straße u. Hausnummer: _____

